



28. Januar 2026

Nationalen Sonderweg beenden: Entlastung beim Lieferkettengesetz sofort umsetzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 16. Januar 2026 fand im Deutschen Bundestag die erste Lesung zum Gesetz zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) statt. Der Regierungsentwurf bleibt weit hinter dem zurück, was die Wirtschaft jetzt benötigt: Er sieht lediglich eine Streichung der Berichtspflicht und eine Reduktion der Sanktionen vor. Die umfangreichen Sorgfaltspflichten in Bezug auf globale Lieferketten bleiben ebenso bestehen wie die Pflicht, unternehmerische Anstrengungen kleinteilig zu dokumentieren. Spürbare Entlastungen sind somit nicht zu erwarten.

Unsere Kernforderung ist klar: Das LkSG muss ausgesetzt werden. Gleichzeitig sollten – wie im Koalitionsvertrag zugesagt – die im Dezember 2025 auf EU-Ebene im Rahmen des „Omnibus I“ beschlossenen Änderungen zur Lieferkettenregulierung zügig und in einer bürokratiearmen, vollzugsfreundlichen Form umgesetzt werden. Dieses Versprechen muss jetzt eingelöst werden.

Wird das LkSG nicht ausgesetzt, erwarten wir zumindest, dass der Gesetzgeber den im „Omnibus I“ festgelegten Anwendungsbereich der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) unverzüglich in das Änderungsgesetz übernimmt. Dieser umfasst nur noch Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitenden und einem globalen Nettojahresumsatz von mehr als 1,5 Milliarden Euro, während das LkSG umsatzunabhängig bereits für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden gilt. Deutsche Unternehmen, die ab 2029 nicht (mehr) in den europäischen Anwendungsbereich fallen, sollten national nicht länger verpflichtet werden, um unnötige Bürokratie, Wettbewerbsnachteile und Rechtsunsicherheit zu vermeiden.

Deutschland muss seinen nationalen Sonderweg beenden und die laufende LkSG-Novelle gezielt für spürbare Entlastungen nutzen. Diese bis ins Jahr 2029 zu verzögern, kann keine Option sein. Wir appellieren an den Deutschen Bundestag und an die Bundesregierung, die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich umzusetzen.



Mathias Schöttke

Hauptgeschäftsführer

BAVC – Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V.



Ralf-Michael Löttgen

Bundesgeschäftsführer

BDWi – Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft e.V.



Antonin Finkelnburg

Hauptgeschäftsführer

BGA – Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.



Dr. Franz-Josef Leven

Stellvertretender Geschäftsführer

Deutsches Aktieninstitut e.V.



Oliver Zander

Hauptgeschäftsführer

Gesamtmetall | Gesamtverband der
Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-
Industrie e.V.



Tim-Oliver Müller

Hauptgeschäftsführer

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.



Stefan Genth

Hauptgeschäftsführer

HDE – Handelsverband Deutschland e.V.



Patrick Kammerer

Hauptgeschäftsführer

Markenverband e.V.



Dr. David Deißner

Geschäftsführer

Stiftung Familienunternehmen und Politik



Dr. Uwe Mazura

Hauptgeschäftsführer

textil+mode – Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e.V.



Oliver Barta

Hauptgeschäftsführer

UBW – Unternehmer Baden-Württemberg e.V.



Johannes Pöttering

Hauptgeschäftsführer

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.



Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e.V.



Dr. Wolfgang Große Entrup

Hauptgeschäftsführer

VCI – Verband der Chemischen Industrie e.V.



Thilo Brodtmann

Hauptgeschäftsführer

VDMA e.V.



Günter Althaus

Präsident

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V.



Wolfgang Weber

Vorsitzender der Geschäftsführung

ZVEI e.V. – Verband der Elektro- und
Digitalindustrie